

Was die Piraten wollen
und wer sie sind

„Klarmachen zum Ändern“

Sabine Stoye

Wer sind die Piraten? Diese Frage dominierte lange die Schlagzeilen nach dem Erfolg der Newcomerpartei bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im September 2011. Die Medien wussten zunächst nicht so recht etwas mit ihnen anzufangen, hatten aber bald ihren Liebling ausgemacht: Marina Weisband – jung, schön, gebildet, wortgewandt – wurde zum Gesicht der Partei. Weisband, bis April 2012 politische Geschäftsführerin, verkörperte den Stil der Partei und wurde von den Medien zur Ikone stilisiert.

Der Stil, das ist dieses laienhaft Naive, idealistisch Unbekümmerte, was die Piraten im Auftritt von Vertretern anderer Parteien unterscheidet. „Sie haben Politik wieder cool gemacht“, schwärmt *Der Spiegel*, und „einen neuen, ungekünstelten Politikertypus erfunden“ (*spiegelonline.de* vom 30. August 2012). Das stimmt und trifft es doch nicht, weil in der Vokabel „erfunden“ die willentliche Entscheidung für eine bestimmte Richtung mitschwingt. Die Menschen aber, die für die Piratenpartei Politik machen, sind einfach nur sie selbst. Sie streiten für persönliche Ansichten, ganz ohne eingeübte Phrasen, gern auch verbohrt und ohne Rücksicht auf Verluste. Das macht die Piraten so disparat. „Digitale Wutbürger“, nannte sie die *Süddeutsche Zeitung* und beschreibt den Kern dieser Anti-Establishment-Partei: unangepasst, eigenwillig, laut. Die Suche nach gemeinsamen Positionen ist da schwierig, fast unmöglich, und geht so weit, dass die Piraten für sich den Fraktionszwang aufgehoben haben. Das führt

zu merkwürdigen Abstimmungsergebnissen, ist aber letztlich auch symptomatisch für ihr gegenwärtig größtes Problem: die große Kluft zwischen Theorie und Praxis. Im politischen Alltag angekommen, scheitern die Piraten an sich selbst, weil Politik nicht nur von Gesten lebt, sondern vor allem Entscheidungen fordert. Sich für etwas zu entscheiden aber bedarf der Position, nicht nur einer Haltung. Nur dagegen zu sein trägt auf Dauer nicht.

Grundkurs Politik

Die Piraten scheinen dieses Defizit erkannt zu haben. Anfang September traf sich die Partei zur *FlauschCon*, einem *Barcamp* für innerparteiliche Kultur. Es soll Schluss sein mit den Shitstorms von Piraten gegen Piraten, eine neue Streitkultur soll her. „Wir müssen unsere Leute, die sich hervorwagen, besser beschützen“, forderte Marina Weisband. Denn wer opfert schon gern seine Freizeit für eine Partei, die ihre Amtsinhaber öffentlich beschimpft? Das alles dient der Vorbereitung auf das große Ziel: 2013 wollen die Piraten in den Bundestag einziehen. Getragen wird dieses Vorhaben von den guten Werten bei der „Sonntagsfrage“: Elf Prozent bundesweite Zustimmung machen Mut. Bei einem *Barcamp* im August diskutierte man, wie die Arbeit einer Fraktion geplant und organisiert werden könne. Das klingt nach Grundkurs Politik, ist aber der ernsthafte Versuch einer Partei in den Kinderschuhen, sich fit zu machen für den Weg ins wichtigste deutsche Parlament.

Die Piraten haben sich viel vorgenommen: Klarmachen zum Ändern ist ihr Motto, das ist Anspruch und Auftrag zugleich. Ändern wollen sie das „Betriebssystem“ der Politik, aufräumen mit den „Hinterzimmerzirkeln“ der Etablierten, mit digitalen Medien Politik transparenter machen und jederzeit und überall am Ohr der Basis sein. Schöne neue Welt. In der Praxis funktioniert bisher nicht viel davon: „Im Grunde dreht sich alles um die Frage, wie man eine Prise Pirat in den Bundestag und damit in die Politik schleust. Das Problem aber ist, dass noch keiner weiß, woraus diese Prise bestehen soll. Am wenigsten die Piraten selbst“ (*spiegelonline* vom 1. September 2012).

Wenn der eigene Anspruch zum Problem wird

Bisher segelten die Piraten auf einer Sympathiewelle. Skandale und Skandalchen wurden vergeben, Unkenntnis bei Sachfragen verziehen. Der Vorschuss scheint nun aufgebraucht, auch die Piraten müssen liefern. Doch gerade bei ihrem Kernthema, dem Urheberrecht, zeigt sich, wie weit entfernt die Piraten von ihrem eigenen Anspruch sind. Eine radikale Reform sollte es werden, ein zeitgemäßes Urheberrecht wollten sie vorlegen. Angelegt haben sie sich mit Schriftstellern und Musikern. Ein medial inszenierter Aufschrei vieler Künstler zeigte den Piraten schnell die Grenzen. Ihre Kritik, dass nur die Verwertungsgesellschaften am bestehenden Urheberrecht verdienten und es den Kopierschutz nicht brauche, läuft am eigentlichen Problem vorbei: der Not der meisten Kulturschaffenden, die auch wegen der Kostenloskultur der Internetbewohner nicht von ihren Werken leben können. Anfang September präsentierte Christopher Lauer im Alleingang einen Änderungsentwurf zum bestehenden Gesetz, eigentlich eine Trotzreaktion des Berliner Fraktionsvorsitzenden, denn „Piraten rund um die Arbeitsgruppe Urheber-

recht haben im Auftrag des Bundesvorstandes im Sommer runde Tische veranstaltet. Die Ergebnisse sowie bereits beschlossene Positionen der Partei haben sie in eine 48-seitige Broschüre gegossen. Lauer's Vorschläge dafür kamen zu spät. Daraufhin war der Parteivorsitzende Bernd Schlömer wenig begeistert, als der Berliner seine noch nicht mit der Basis abgestimmten Eckpunkte zusammen mit der Broschüre vorstellen wollte. Die Folge: Lauer wählte den Alleingang“ (*www.welt.de* vom 5. September 2012). Christopher Lauer preist sein 14-Seiten-Papier als „Vorschlag für eine breite Diskussion“, ein „Reformchen“ nannte es die Presse, und die Wut der eigenen Leute ergoss sich im Internet über ihn. Lauer ist der Joschka Fischer der Piraten. Er schert gerne aus und schert sich nicht um andere. Sein Drang nach oben ist zu groß. Dass er damit seine Partei oft in Zugzwang bringt, ist Lauer offensichtlich egal. Auch die Beschimpfungen trägt er mit Fassung.

Angesichts solcher interner Rangeleien nach Kompetenz und Deutungshoheit aber verwundert es nicht, dass sich das Blatt gewendet hat. Laut einer aktuellen Umfrage halten sechsvierzig Prozent die Piratenpartei für nicht regierungsfähig. Zu sehr sind sie mit sich selbst beschäftigt und lassen ihre Chancen liegen. Vor allem übersehen sie, dass Wählerstimmen nicht bloß Ausdruck von Sympathie sind, sondern Auftrag und Mandat. Trotzdem pflegen die Piraten sorgsam ihr Image als Politik-Amateure. Dieser Gestus des Nicht-Politikers, die Selbstinszenierung als Freibeuter der Demokratie, als eher zufällig Gewählte, als Fehler im System, hat ihnen bisher viel Aufmerksamkeit und sicher auch manche Stimme beschert. Nicht alles zu wissen gehört ebenso zum Programm, wie sich den Sitten und Gebräuchen des Parlamentsbetriebes zu verweigern: Regenbogenfarbene Haarpracht, kurze Hosen, der Roller-Helm unter dem Arm

oder die sogenannte Nerd-Brille auf der Nase, Umgangssprache, Verwarnungen wegen des inflationären Gebrauchs von (englischen) Schimpfworten sind einige der äußeren Kennzeichen. Ein bisschen erinnert diese Mischung aus flegelhaft-charmant und trotzig aber auch an die ersten Abgeordneten der Grünen, die strickend im Parlament saßen, mit Turnschuhen an den Füßen und Sonnenblumen auf dem Pult. Bei ihren Wählern haben die Piraten mit dieser Attitüde hohe Erwartungen geweckt, wie eine Umfrage von Infratest dimap aus dem April belegt: Nur neunzehn Prozent der Befragten kennen das Parteiprogramm der Piraten, aber neunundsiebzig Prozent finden, dass sie sich deutlich von den anderen Parteien unterscheiden. Fragt sich nur: Wodurch?

Wo stehen die Piraten

Die Piraten lassen sich nur schwer verorten und wehren sich dagegen, ins gängige Rechts-links-Spektrum einsortiert zu werden. Sie selbst bezeichnen sich als „basisdemokratische, sozialliberale Grundrechtspartei“. Das ist so indifferent, dass viel Spielraum bleibt für die konkrete Deutung. Aber offenbar wissen die Piraten selbst nicht, was sie damit meinen. Dennoch verwenden sie nur wenig Zeit auf die inhaltliche Ausrichtung. So berichtete die *Süddeutsche Zeitung*: „Im Netz feilen die Piraten Laura Dornheim, 28, und Alexander Bock, 25, an einem Grundsatzzprogramm, das zeigen soll, wie es die junge Partei mit der Wirtschaft hält. Sie arbeiten in gewohnter Piraten-Manier: Was sie bei anderen Parteien gut finden, übernehmen sie. ‚Wir finden Kopieren cool‘, sagt Bock. In einer Matrix haben sie die Positionen der etablierten Parteien zur Wirtschaft herausgeschrieben, weitere Inhalte ziehen sie aus den vorhandenen Piraten-Positionen, Copy-Sharing heißt das im Partei-Sprech.“ Dass sich die Piraten mit derartigen Aussetzern um

ihre Glaubwürdigkeit bringen, kommt ihnen offensichtlich nicht in den Sinn. Genau an dieser Stelle aber ist kein Platz für Koketterie mit der eigenen Ahnungslosigkeit. Ohne Programmatik funktioniert keine Partei.

Das alles befremdet umso mehr, weil die Piraten so geschickt sind in der Selbstinszenierung. Piraten gewinnen keine Wahlen, sie „kapern“ Landtage und nutzen auch für alle anderen Bereiche der Parteiarbeit konsequent nautisches Vokabular wie Piratenschatz, Crew oder Flaschenpost. So hübsch das klingt und sicher seinen Anteil am Erfolg hat, so wenig täuscht die schöne Fassade über die inhaltliche Leere dahinter. Unterschätzen sollte man sie trotzdem nicht. Die Piratenpartei lebt von der öffentlichen Auseinandersetzung, auch von der Provokation. Sie ist, was man im Sport eine Turniersmannschaft nennt. Piraten können Kampagne. Das haben sie in Berlin mit ihrem Antiwahlkampf-Wahlkampf bewiesen. „Was die Partei lähmt, ist vielmehr der Grauschleier, der sich immer dann über sie senkt, wenn gerade kein Wahlkampf ansteht, kein Bundesparteitag und kein Medienrummel. Dann kommt Langeweile auf und extrem schlechte Laune“, analysierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die gegenwärtig herrschende Lethargie in der Partei. Jetzt kommt es voll und ganz auf das Personal an. Die Spitzenpiraten müssen jetzt ihrer Partei den Weg weisen.

Mit Bernd Schlömer haben die Piraten im Frühjahr einen Bundesgeschäftsführer gewählt, der eloquent ist und souverän im Umgang mit der Presse. Die Ernsthaftigkeit seines Handelns scheint sich noch dadurch zu verstärken, dass er als Beamter im Bundesverteidigungsministerium einem ehrbaren Beruf nachgeht. Schlömer wirkt professionell, mit seiner ruhigen, fast schon unauffälligen Art ist er die wohlthuende Ausnahme von Erscheinungen wie Christopher Lauer. Er lehnt sich

Mitglieder der bayerischen Piratenpartei am 5. August 2012 auf der Isar bei Schäftlarn (Oberbayern).

© picture-alliance/dpa, Foto: Marc Müller



gern weit aus dem Fenster, zu weit für den Geschmack der Basis. Bei einer Podiumsdiskussion flirtete Schlömer offensiv mit Linken-Chefin Katja Kipping, persönlich und politisch. Mit seinen Nachrichten bei Twitter bezieht er Position, die Piraten seien „nicht libertär, sondern liberal“, schreibt er, „eine europäische Bewegung“ und „eindeutig für den Atomausstieg“. Schlömer verlässt dabei den Pfad der Basis, was diese nicht unkommentiert lässt. Parteikollegen haben ihn wissen lassen, dass er sich bei Fragen zur Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden müsse, welche Meinung er vertreten werde: die seines Dienstherrn oder die der Piraten.

Schlömers wichtigster Mitstreiter ist Johannes Ponader. Er trägt schwer an der

Last, Marina Weisbands Nachfolger zu sein. Ponader ist ein Tagträumer, ein Hochbegabter, der zum Zeitpunkt seiner Wahl von diversen Jobs als Theaterpädagoge und Schauspieler lebte – und von Hartz IV. Seit er im Amt des politischen Geschäftsführers ist, lebt er von der Luft und der Liebe seiner Mitpiraten, denn alle Ämter in der Piratenpartei sind Ehrenämter. Das Arbeitsamt informierte ihn, dass er daher kein Anrecht mehr auf Arbeitslosengeld habe. Ponader bat die Parteianhänger öffentlich um Unterstützung und will durch Spenden ein monatliches Einkommen von mindestens 1000 Euro generieren. Eine öffentlich einsehbare Liste dokumentiert die Zahlungseingänge. Das ist rührend und zugleich befremdlich naiv, aber hat die

Piratenpartei auf eine harte Probe gestellt: Wie viel Ehrenamt kann eine Partei von ihren Mitgliedern fordern? Und wie viel Leistung kann jemand erwarten, der sich für die Partei in einem öffentlichen Amt engagiert? Bei seinem ersten TV-Auftritt verwirrte Ponader die Zuschauer mit wenig telegenen Wandersandalen und auch, weil er vor laufenden Kameras via Smartphone die Basis nach ihrer Meinung befragte. Ponader lebt das Prinzip piratiger Basisdemokratie wie kein anderer.

Der Realo und der Fundi

Ponader und Schlömer könnten unterschiedlicher kaum sein: hier der Lebenskünstler, der ganz aufgeht in der Parteigemeinschaft, dort der bürgerlich-moderne Beamte, der die Partei auf Kurs bringen will. Und doch markieren sie die Ränder der Partei, machen das Spektrum sichtbar, aus dem sich ihre Anhängerenschaft rekrutiert. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die Piraten, zwischen „Machis und Wünschis“, wie Lauer schreibt, und das klingt nicht zufällig wie Realos und Fundis.

Die Grünen fürchten die Piraten. Bürgernähe, Transparenz und Basisdemokratie – das sind Kernelemente grüner Politik, die ihnen die Piraten streitig machen könnten. Die Wählerwanderung zeigt, wie begründet diese Sorge ist: Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2012 haben die Grünen 80 000 Stimmen an die Piraten verloren. Auch SPD und Linkspartei erlitten deutliche Verluste: 90 000 SPD-Wähler und 80 000 Wähler der Linkspartei wanderten zu den Piraten. Wer sind das, die Piratenwähler? Sie verteilen sich relativ gleichmäßig auf die Altersgruppen zwischen 18 und 59 Jahren, sie sind Arbeiter und Angestellte, Freiberufler und Arbeitslose, Gewerkschafter und Beamte. Eine weitere Konkretisierung bieten die Aussagen einer Umfrage aus dem Frühjahr: Dreiundsechzig Prozent geben an, die Piraten würden nur ge-

wählt, um den anderen Parteien einen Denkkzettel zu verpassen, fünfundfünfzig Prozent der Befragten sagen, dass die Piraten in den Bundestag einziehen werden, vierzig Prozent sind der Meinung, dass sie etwas ändern könnten.

Ein Jahr vor den Bundestagswahlen ist es still geworden um die Piraten. Die große Neugier auf die Newcomer hatte ihnen einen medialen Sturm beschert, der gegenwärtig kaum mehr ein laues Lüftchen ist. Mancher mag das als die sprichwörtliche Ruhe vor dem Sturm deuten, aber die Stille liegt wie eine Flaute schwer in den Segeln des Piratenschiffs. Ihre schlechten Umfragewerte bereiten ihnen Kopfzerbrechen. Der jähe Absturz in der Sonntagsfrage in nicht einmal zwei Monaten von elf auf sieben Prozent schmerzt. So suchen die Piraten nach einem Kurs, vor allem aber nach sich selbst. Die *FlauschCon* war dabei ein wichtiger Impuls. Einige Piraten haben gemerkt, dass nicht jede Debatte nur digital geführt werden kann. Die Seele einer Partei lebt vom Miteinander, ganz analog. Da hilft es wenig, dass Bernd Schlömer in der Presse sagt, dass man nur streite, ganz demokratisch, aber dennoch hätten sich „alle lieb“.

Der Glanz der Piratenpartei, dieser Schimmer des Besonderen, des Neuartigen, scheinbar erloschen. In der Auseinandersetzung mit den Erfordernissen des Alltags müssen sich die Piraten zwei Fragen gefallen lassen: Welche Antworten habt ihr auf die Fragen unserer Zeit, und welche Lösungen wollt ihr? Diese Arbeit am Alltäglichen, an der eigenen Position ist wenig medientauglich, aber entscheidend für die Zukunft der Partei. Gelingt es den Piraten, diese Erkenntnis für sich umzusetzen, haben sie ganz sicher gute Aussichten auf weitere Erfolge. Allerdings können sie sich nicht länger den Luxus erlauben, einer Auseinandersetzung mit Themen und Sachfragen aus dem Weg zu gehen. Oder wie Christopher Lauer sagt: „Realpolitik ist eben nicht sehr sexy“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. September 2012).